

Reljić, Dušan

Research Report

Serbien vor neuen politischen Turbulenzen?

SWP-Aktuell, No. 23/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reljić, Dušan (2002) : Serbien vor neuen politischen Turbulenzen?, SWP-Aktuell, No. 23/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254380>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Serbien vor neuen politischen Turbulenzen?

Dušan Reljić

Der serbische Ministerpräsident Zoran Đinđić hat mit einschneidenden politischen Aktionen Mitte Juni die politische Initiative an sich gerissen, um dem weiteren Verfall seiner Machtbasis entgegenzutreten und seine Stellung im Machtkampf gegen den jugoslawischen Bundespräsidenten Vojislav Koštunica zu verbessern. Sein Vorstoß erfolgte zu einem Zeitpunkt, als durch die Ermordung des Polizeigenerals Boško Buha in Mafia-Manier das Versagen der Regierung in Belgrad bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und bei der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit insgesamt deutlich wurde. Das Land befindet sich in der schlimmsten politischen Krise seit dem Sturz Slobodan Miloševićs vor annähernd zwei Jahren.

Ministerpräsident Đinđić hat am 12. Juni 2002 erklärt, daß die Präsidentschaftswahlen in Serbien wahrscheinlich im Juli ausgeschrieben werden. In diesem Fall muß der Urnengang laut Verfassung Ende September oder Anfang Oktober stattfinden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Umgestaltung der Bundesrepublik Jugoslawien in die neue Entität »Serbien und Montenegro« allem Anschein nach noch nicht abgeschlossen sein.

Bundespräsident Koštunica, der die Umwandlung der BRJ zur »Chefsache« erklärt hat, könnte sein jetziges Amt, dessen geringe Befugnisse nach der Umgestaltung der BRJ noch schrumpfen werden, nicht ohne Gesichtsverlust vorzeitig abgeben, um als Kandidat bei der serbischen Präsidentschaftswahl anzutreten.

Die Verfassung Serbiens, die noch aus der Zeit von Miloševićs Alleinherrschaft stammt, verleiht dem serbischen Präsidenten beträchtliche Macht. Den Umfragen nach hätte in einem Wahlgang ohne Koštunica (der allerdings bisher seine Kandidatur nicht ausgeschlossen hat) der stellvertretende Bundesministerpräsident Milan Labus, ein populärer Ökonomieprofessor, der Đinđić nahesteht, sichere Siegesaussichten. Der jetzige Amtsträger, Milan Milutinović, ein Milošević-Adlatus, ist vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal angeklagt und muß nach Ende der Amtszeit mit der Auslieferung rechnen.

Der Machtkampf Koštunica–Đinđić

Der politische Einfluß Koštunicas ist am 12. Juni d.J. zusätzlich dadurch einge-

schränkt worden, daß die Abgeordneten seiner *Demokratischen Partei Serbiens* (DSS) durch einen Schachzug Đinđićs aus dem Parlament gedrängt wurden. Mit dem rechtlich umstrittenen Schritt, jene Abgeordneten, die selten zu den Parlaments-sitzungen erscheinen und in anderer Weise ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, durch Nachrücker zu ersetzen, gelang es dem Ministerpräsidenten, auf Kosten Koštunicas seine Machtbasis in der *skupština* (Parlament) wenigstens vorläufig zu festigen. Nach dem Austausch von 35 Abgeordneten sitzen jetzt 23 neue Parlamentarier aus den Reihen der Regierungskoalition *Demokratische Opposition Serbiens* (DOS) und nur noch 12 von der DSS im Parlament (anstelle von 14 DOS- und 21 DSS-Abgeordneten). Somit hat die Regierungskoalition jetzt eine stabile Mehrheit (139 von 250 Mandaten) im Parlament.

Alle Abgeordneten der DSS haben sofort nach dieser Entscheidung der DOS-Mehrheit in den zuständigen Parlamentsausschüssen ihre Mandate zurückgegeben und das Parlament verlassen. Koštunica und seine Anhänger bezeichneten die Vorgehensweise der DOS als »stillen Staatsstreich« und »Einführung der Diktatur«. Die Partei kündigte rechtliche Schritte an und verstärkte ihre Forderungen nach vorgezogenen Neuwahlen. In der ersten Sitzung ohne Teilnahme der DSS senkte die DOS-Mehrheit die notwendige Anzahl anwesender Abgeordneter für die Beschlußfähigkeit des Parlaments von der Hälfte der Mandats-träger auf ein Drittel.

Koštunicas DSS gehörte zu der 18 Parteien zählenden Koalition DOS, die zu Weihnachten 2000 die Parlamentswahlen haushoch gewann. Im Verlauf des sich danach rasch entfaltenden Machtkampfes in der Koalition verließen Koštunicas Abgeordnete im August 2001 die gemeinsame Parlamentsfraktion und agierten, obwohl ihre Vertreter zunächst noch in der Regierung blieben, quasi als parlamentarische Opposition. Zuletzt verhinderte die DSS immer öfter die Erörterung wichtiger Regierungsvorlagen, indem sie den Parla-

mentssitzungen fernblieb. Anfang Juni 2002 stellte sie sogar eine »Schattenregierung« auf.

Im allgemeinen wird der immer aggressiver werdende Konflikt als eine Auseinandersetzung zwischen vaterlandsliebenden Traditionalisten um Koštunica und pro-westlichen Reformern um Đinđić gedeutet. Gemessen an den faktischen Handlungen der Spitzenpolitiker in Belgrad, greift diese Erklärung jedoch zu kurz. Beide haben sich bei ihrem Handeln bisher weniger von ideologischen Grundsätzen leiten lassen als von der politischen Opportunität. So ist Đinđić zum Beispiel nicht vor Avancen gegenüber der Serbisch-orthodoxen Kirche (überstürzte Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen) und anderen konservativen Kräften zurückgeschreckt.

Der Premier hat es jedoch nicht geschafft, mit den unbestreitbaren Teilerfolgen seiner Regierung im Bereich der makroökonomischen und finanziellen Reformen beim Wahlvolk beliebter zu werden. Koštunica andererseits versagte, trotz aller politischen Hiebe gegen seinen Kontrahenten, bei dem Bemühen, seine zwar geschrumpfte, aber weiterhin große Popularität bei den Wählern in reale politische Macht umzuwandeln. Alle Umfragen bestätigen, daß weder Koštunicas DSS noch Đinđićs DOS mit einer eindeutigen Mehrheit bei etwaigen vorgezogenen Parlamentswahlen rechnen könnten. Für den Premier bedeutet das, weiterhin Kompromisse und Zugeständnisse machen zu müssen, um den Zusammenhalt der 17-Parteien-Koalition DOS zu wahren und sich an der Regierung zu halten.

Organisierte Kriminalität, Korruption und illegale Geschäfte

Die Ermordung des Polizeigenerals Boško Buha in den Nachtstunden des 10. Juni auf dem Parkplatz des Hotels Jugoslavija in Belgrad hat nicht nur das Scheitern der Regierung Đinđić bei der Bekämpfung der Kriminalität vorgeführt, sondern auch die eingeschränkte politische Handlungsfähigkeit des serbischen Premiers.

Obwohl er aus seiner Unzufriedenheit mit der Arbeit von Innenminister Dušan Mihailović keinen Hehl machte (das Innenministerium verdiene nur die Note »genügend«, so der Premier), kann er es sich nicht leisten, den erfolglosen Minister zu entlassen, da er die Mandate der *Neuen Demokratie*, deren Chef Mihailović ist, im Parlament für die Sicherung der Regierungsmehrheit braucht. Dem Innenministerium ist es bisher in keinem einzigen Fall gelungen, die Hintergründe der zahlreichen Auftragsmorde und anderer Verbrechen in Serbien im letzten Jahrzehnt zu klären. Vielmehr hat die Zahl unaufgeklärter Entführungen reicher Leute, die gegen Lösegeld freigekauft wurden, und anderer Fälle schwerster Kriminalität zugenommen.

»Die Einkünfte aus dem illegalen Handel mit Waffen, Drogen, Alkohol, Zigaretten und jüngst auch mit Menschenschmuggel übertreffen alle bisherigen Schätzungen«, erklärte der jugoslawische Außenminister Goran Svilanović. Er erkennt in der »Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und politischen und parapolitischen Machtzentren in der Region« die eigentliche Sicherheitsbedrohung für dieses Land«. Svilanović, Chef der kleinen liberalen *Bürgerlichen Allianz Serbiens*, spricht von einer Kontinuität mit dem früheren Regime, da zu viele Kompromisse mit Armee, Polizei, Wirtschaftsbossen sowie Politikern und Personen des öffentlichen Lebens aus der Zeit Miloševićs eingegangen worden sind.

In der serbischen Presse wird darauf hingewiesen, daß in den mittleren und höheren Rängen der Polizei und der Sicherheitsdienste nach wie vor dieselben Personen agieren, die zu den Stützen des früheren Regimes zählten und denen weitreichende Verstrickungen mit der organisierten Kriminalität nachgesagt werden. Zu diesem Personenkreis gehörte auch der ermordete Buha, der jedoch am Tag des Belgrader Umsturzes, am 5. Oktober 2000, zu den künftig Regierenden überlief. Er wurde letztes Jahr als Stadtpolizeichef von Belgrad abgelöst, woraufhin er in Zeitungs-

interviews von Verbindungen der Mafia zur neuen Regierung sprach.

Wechsel in Polizei und Justiz

Đinđić ist offenbar bemüht, seinen Einfluß auch auf die inneren Strukturen der Polizei auszudehnen. Er hat letztes Jahr den serbischen Staatssicherheitsdienst unter seine direkte Kontrolle gebracht. In den vergangenen Monaten wurden sein früherer Büroleiter Nenad Milić zum stellvertretenden Innenminister und Milan Obradović, ebenfalls ein Vertrauter aus der Demokratischen Partei des Premiers, zum Belgrader Polizeichef ernannt. Auch hat es Đinđić bisher vermieden, die paramilitärischen Sondereinheiten des Innenministeriums (SAJ) aufzulösen, die im letzten November eine Meuterei in Belgrad veranstalteten (sie weigerten sich, »ohne gesetzliche Grundlage« vor dem Haager Tribunal angeklagte Kriegsverbrecher festzusetzen). Schon lange angekündigte neue Gesetze, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg den Staatssicherheitsdienst aus dem Innenministerium ausgliedern sollen, sind dem Parlament noch immer nicht vorgelegt worden.

Der serbische Premier wird von der Opposition beschuldigt, auch in der Justiz seinen Einfluß sichern zu wollen. In der vorletzten Juniwoche sind der neue Präsident und einige weitere Mitglieder des serbischen Verfassungsgerichtshofes bestellt worden, damit die höchste richterliche Instanz nach vielen Monaten Lähmung wegen zahlreicher Rücktritte wieder einsatzfähig wird. Der Justiz wird von Djindjić und dem serbischen Justizminister Vladan Batić immer öfter Unfähigkeit vorgeworfen, die Erblast des früheren Regimes aufzuarbeiten. So seien bisher nur drei Richter, die gegen das Gesetz verstoßen hätten, abgelöst worden, und es gebe kein einziges rechtskräftiges Urteil bei den zahlreichen Korruptionsprozessen. Diese Kritik wurde von den führenden Richtern des Landes als unzulässiger Druck der Exekutive zurückgewiesen.

Eine apathische, traumatisierte Gesellschaft

Öffentliche Konfrontationen dieser Art brechen in fast jedem anderen Bereich der serbischen Gesellschaft und Politik ständig aus. Das Ansehen von Regierung, Parlament und anderen Institutionen der Demokratie bei der Bevölkerung wird immer geringer. Sei es bei der Frage der Reform der Mediengesetzgebung, der Umsetzung der Autonomieregelungen für die nördliche Provinz Vojvodina, oder der Einrichtung von Sozialprogrammen, um die immer größer werdende Zahl von Arbeitslosen aufzufangen – überall bricht die Zerrissenheit der Gesellschaft hervor, die von der allgegenwärtigen Konfrontation der Politiker untereinander verstärkt wird. Im Zusammenspiel mit der trotz der erwähnten Erfolge im Alltag anhaltenden wirtschaftlichen Misere und der ungewissen weiteren Entwicklung in Kosovo und anderen schwerwiegenden offenen »Staatsfragen« entsteht ein Zustand nicht nachlassender Spannung in einer ohnehin in den letzten 15 Jahren durch die Kriege und inneren Verwerfungen schwer traumatisierten Gesellschaft.

Ein heißer Herbst?

Der Herbst 2002 in Serbien wird kaum im Zeichen entschlossener Reformen stehen. Die angekündigten Präsidentschaftswahlen werden zweifellos die politischen Konfrontationen weiter anheizen. Für zusätzlichen Konfliktstoff wird die Entwicklung in dem in der Sezessionsfrage zutiefst gespaltenen Montenegro sorgen, wo im Herbst ebenfalls ein neuer Staatspräsident und allem Anschein nach auch vorzeitig das Parlament gewählt werden.

In solchen bewegten Zeiten soll gleichzeitig das unter EU-Vermittlung zustandekommene Abkommen vom 14. März d.J. über die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Serbien und Montenegro umgesetzt werden. Der EU-Beauftragte für Außenpolitik, Javier Solana, erwartet, daß eine gemeinsame Kommission bis Ende Juli

die Grundzüge der neuen Verfassungscharta ausarbeitet, so daß noch bis Jahresende Wahlen für das neue gemeinsame Parlament abgehalten werden könnten. Sein Optimismus wird von der Öffentlichkeit und den Politikern in Belgrad und Podgorica nicht geteilt. Vielmehr sieht man sich vor weiteren, noch stärkeren Turbulenzen, die das tatsächliche Entstehen des neuen Staates »Serbien und Montenegro« zumindest verzögern werden.

Für den Westen gilt es, die reformorientierten Kräfte in Serbien weiter zu stärken, ohne daß dies von der Regierung Djindjić als Freibrief für ein allzu forsches Vorgehen mißverstanden wird. Deswegen ist ein offener Dialog nicht nur mit der regierenden Koalition DOS vonnöten, sondern auch mit den Kräften um Koštunica. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß es in Serbien mittelfristig zu einer eindeutigen parlamentarischen Mehrheit des einen oder anderen politischen Lagers kommt. Die Durchführung weiterer, dringend notwendiger Reformen und vor allem die Bekämpfung der organisierten Kriminalität werden nach wie vor im wesentlichen von der Fähigkeit der demokratischen politischen Kräfte zum Kompromiß und zur Zusammenarbeit abhängen. Nur eine stabile Regierung in Serbien, die sich den europäischen und transatlantischen Integrationsprozessen verpflichtet hat, wird die Stärke besitzen, so empfindliche regionale Themen wie die Zukunft Kosovos oder die Regelung des Verhältnisses zu Montenegro vorbehaltlos im Dialog mit den interessierten Parteien und der internationalen Gemeinschaft anzugehen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org